

Pressemitteilung

vom 6. Februar 2017



Stiftung fordert Erinnerung an 1989/90 in Berlin und Leipzig

„Ruf aus Leipzig“ plädiert für korrespondierende Denkmäler an beiden Orten

Leipzig. Die Stiftung Friedliche Revolution hat an den Deutschen Bundestag appelliert, bei seiner Entscheidung über das geplante Freiheits- und Einheitsdenkmal an den 2008 beschlossenen Standorten Berlin und Leipzig festzuhalten. Mit einem „Ruf aus Leipzig“, der am Montag in der Messestadt veröffentlicht wurde, äußerte die Stiftung zugleich die Erwartung, dass beide Denkmäler miteinander korrespondieren. Die Erklärung, die sowohl vom Vorstand als auch vom Kuratorium der Stiftung verabschiedet wurde, trägt die Unterschriften vom Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Rainer Vor und vom Vorsitzenden des Kuratoriums, Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung.

Nach Ansicht der Stiftung sollte zudem die Zivilgesellschaft stärker als bisher in die weiteren Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, „dass Politik und Verwaltungen allein mit der Aufgabe an ihre Grenzen geraten“, heißt es dazu zur Begründung. Hinzu käme, dass es sich auch in Leipzig um ein Denkmal von gesamtstaatlicher Bedeutung handele und nicht um ein sächsisches oder gar städtisches Denkmal. „Das muss notwendigerweise auch finanzielle Konsequenzen haben“, betont die Stiftung.

Die Idee, mit einem nationalen Denkmal an die Friedliche Revolution von 1989/90 und die dadurch erlangte Freiheit und Einheit zu erinnern, geht auf eine Initiative aus dem Jahr 1998 zurück, fand aber zunächst nicht die erforderliche Unterstützung in der Politik. 2007 griff der Bundestag in einem zweiten Anlauf die Idee auf und votierte für ein „Denkmal der Freiheit und Einheit Deutschlands“, das in der Mitte Berlins entstehen sollte. Im Folgejahr ergänzte das Parlament den Beschluss mit der Forderung an die Bundesregierung, auch den Beitrag Leipzigs zur Friedlichen Revolution „auf angemessene Weise zu würdigen“. Es folgte ein Wettbewerb, dessen Ergebnisse aber so umstritten blieben, dass der Leipziger Stadtrat 2014 das Verfahren beendete.

In Berlin gab es hingegen zwei Wettbewerbe. Als Sieger ging daraus der Entwurf der Stuttgarter Agentur Milla und Partner hervor. Er beruht auf einer Idee der Choreografin Sasha Waltz und sieht vor, auf der Schlossfreiheit eine Waage mit dem Titel „Bürger in Bewegung“ zu errichten. Doch auch dieser Plan drohte 2016 zu scheitern, nachdem der Haushaltsausschuss des Bundestages mit Hinweis auf beträchtliche Kostensteigerungen einen Baustopp verfügte. In dieser Situation sah sich die Stiftung vor der Aufgabe, gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft e.V., die 2007 das Berliner Projekt adoptierte und sich seither intensiv um eine Realisierung bemüht, einen deutlichen Impuls zu einem Neuanfang unter maßgeblicher Beteiligung der Zivilgesellschaft zu setzen.

Anlage: Ruf aus Leipzig